

Lieber Peter,

es ist schon bemerkenswert, wie lange ein kurzes Fernseh-Interview die Gemüter erhitzen kann. Offenbar steckt mehr dahinter.

Eigentlich geht es nur um eine törichte Frage, die Marietta Slomka stellte und von Sigmar Gabriel kurz und bündig beantwortet bekam. Anschließend insistierte sie aber darauf, dass die Mitwirkung der Mitgliedschaft an einer Koalitionsentscheidung rechtswidrig sei – bis der SPD-Chef dies als „Quatsch“ abtat. Seither große Aufregung – soeben brachte das ZDF zu bester Sendezeit einen Comic, in dem die heilige Marietta als Märtyrerin auf einem Scheiterhaufen verbrannt wird. Geht's noch? Warum ist da nicht einmal eine Tasse im Schrank geblieben?

Es fällt mir nicht leicht, aber ich muss es einmal einräumen: Die vernünftigsten Kommentare kamen von der CSU. Seehofer hat den Kopf geschüttelt über den Slomka-Vorstoß – und Du hast in Deinem letzten Brief den Mitgliederentscheid als „richtig gute Idee“ gewürdigt. Deine Frage, wieso es völlig o.k. ist, wenn

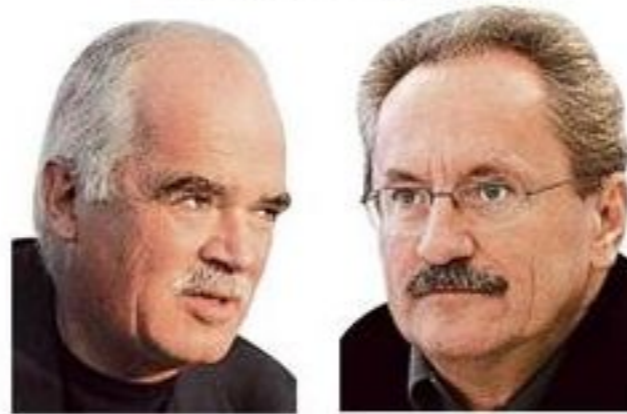
20 Vorständler der FDP über eine Koalitionsbildung entscheiden, aber ein Skandal sein soll, wenn hunderttausende SPD-Mitglieder den Kurs ihrer Partei bestimmen, muss doch jedem einleuchten.

Trotzdem beharren die Kritiker auf ihrer These, hier sei Rechtsbruch im Gange. Kein Hauch von einer rechtlichen Begründung, aber ein großer Schwall antiblebisitärer, ja antidemokratischer Ressentiments. Über sechs Jahrzehnte lang ist die bundesdeutsche Parteiendemokratie von den Rundfunkanstalten nicht nur klaglos hingenommen, sondern auch folgsam „nachvollzogen“ worden – so lange nur kleine elitäre Zirkel dort das Sagen hatten. Aber alle Mitglieder? Igitt! Pfui Teufel!

Da könnte es ja attraktiver werden, einer Partei beizutreten. Da könnten auch andersorts Menschen auf die Idee kommen, tatsächlich mitentscheiden und nicht nur nachträglich applaudieren zu wollen! Entsetzlicher Gedanke!

Wer sich mit solchen Abwehrkämpfen gegen mehr Bürgerbeteiligung profilieren will, kann dies gerne tun. Aber er sollte nicht auch noch mimosenhaft auftreten, wenn Unfug auch als Unfug be-

Briefwechsel



zwischen

Peter Gauweiler und Christian Ude

Von mimosenhaften Medien und starken Mitgliedern

Christian Ude (SPD) und Peter Gauweiler (CSU) liefern sich jeden Donnerstag an dieser Stelle einen Schlagabtausch. Heute: Christian Ude.

zeichnet wird. Meinungsfreiheit gilt ja wohl nicht nur für Interview-Fragen, sondern auch für Interview-Antworten!? Es ist schon witzig, dass wir uns da einig sind, während Publizisten so tun, als wäre jede deutliche Antwort auf eine abwegige Frage ein Anschlag auf die Pressefreiheit.

Genug der Harmonie. Das nächste Thema wird wohl kontrovers sein. Aber nur im dritten Punkt.

1. Ich finde es entsetzlich, dass Rechtsextremisten im Internet in übelstem Nazi-Jargon zu Gewalt und Terror gegen zwei Grüne in München auffordern („vergasen“, „an die Wand stellen“, „töten“); solche verbrecherischen Äußerungen gehören strafrechtlich verfolgt, Ende der Debatte hierzu.

2. Die auslösende Aktion der beiden Grünen kann ich allerdings nur dämlich und

provokativ finden: Wie kann man ein Denkmal verhüllen, das eine Generation ehren soll? Dass dies als Missachtung dieser Generation und als Provokation ihrer Nachfahren empfunden wird, hätte man sich denken können – und müssen. Oder gilt vor der Rathaus-Wahl nur noch „any publicity is publicity“?

3. Die erste Eselei war aber das Denkmal, das nicht unstimmgiger hätte sein können: Es ehrt „Trümmerfrauen“, die es in München nachweislich kaum gab, und eine gesamte Nachkriegsgeneration, die schreckliches Unrecht teils ausgelöst, teils erlitten hatte und beim Wiederaufbau Großartiges geleistet hat. Kann man dies auf einen Nenner bringen? Auf einem Denkmal-Stein? Und alle Ungereimtheiten mit einer Formulierung vom „Wissen um Verantwortung“ glattbügeln?

Ich denke nein. Die Auseinandersetzung mit deutscher Zeitgeschichte sollte präzise und differenziert und vor allem wahrheitsgemäß geführt werden, nicht mit der Absicht, Fakten hinter Klischees zu verstecken und Gegensätze in einen Topf zu werfen und unzulässigen Pauschal-

verurteilungen ebenso unzulässige Pauschalpreisprüche folgen zu lassen.

Diese Erwartung müsste vor allem der für politische Bildung zuständige Kultusminister Ludwig Spaenle erfüllen, der aber das missglückte Denkmal aufstellen ließ. Auf den shitstorm, mit dem seine Kritiker überzogen wurden, kann er nicht stolz sein. Die ganze Kontroverse war überflüssig wie ein Kropf. Als ob wir sonst nichts zu tun hätten.

Es grüßt Dich herzlich
Dein Christian

PS: Am Samstag wird ausgezählt. Dann werden wir erfahren, ob die SPD-Mitgliedschaft bereit ist, einerseits etliche Kröten zu schlucken, um andererseits zentrale Anliegen wie Mindestlohn und Mietbremse durchzusetzen. Die Abwägung von Vor- und Nachteilen muss jeder für sich treffen. Das ist eine Herausforderung an die politische Urteilskraft, aber keine Frage von gutem oder schlechtem Charakter, wie uns viele einreden wollen. Niemand kann mit 25 Prozent der Stimmen 100 Prozent seiner Wünsche durchsetzen. Wohlgermerkt: Niemand!